

Juli 2008



Traurige Tropen – Südostasien im Zeichen des Klimawandels

Axel Schmidt und Beatrice Bieger, FES Singapur

- Trotz sich häufender Naturkatastrophen wird in Südostasien bislang weder auf nationaler noch auf regionaler Ebene ausführlich über Klimawandel und die notwendige Reduzierung von CO₂-Emissionen diskutiert.
- Aufgrund ihrer Wachstums- und Entwicklungsziele, ihrer mangelnden finanziellen, institutionellen und technologischen Kapazitäten und angesichts ihrer geringeren historischen Verantwortung für das heutige Klimaproblem lehnen die südostasiatischen Regierungen feste Emissionsreduktionsziele ab.
- Südasiens Politiker erwarten gemäß des Verursacherprinzips, dass die Industrienationen auch weiterhin den größten Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen leisten. Dabei übersehen sie, dass Südostasien mit Indonesien den weltweit drittgrößten CO₂-Emittenten beherbergt, von dessen Zugeständnissen der Erfolg eines künftigen Klimaabkommens maßgeblich beeinflusst wird.

Nachdem im Jahre 2050 der Meeresspiegel aufgrund des Klimawandels um einen Meter angestiegen war, versanken die küstennahen Metropolen Bangkok, Jakarta und Manila samt ihrer über 70 Millionen Einwohner im Schlamm. Bevor der Mekong zu einem Rinnsal verkümmerte, schwoll er jährlich durch überproportionale Schneeschmelzen im Himalaya zu einem unkontrollierbaren Strom an, der Millionen Tonnen fruchtbaren Ackerlandes ins Meer spülte. Von Jahr zu Jahr heftiger wütende Zyklone verwüsteten die Landschaft Südostasiens nachhaltig und die einsetzende Trockenheit fachte Waldbrände an, die die letzten Bestände des tropischen Regenwaldes in Malaysia und Indonesien vernichteten. Singapur, das dank vorausschauender Eindeichung der Insel dem ansteigenden Meeresspiegel bis dahin hatte standhalten können, wurde schließlich von einer Flut unterernährter und durch Pandemien geschwächter Menschen überschwemmt, die auf der Suche nach einer neuen Heimat waren.

So könnte eines der Klimaszenarien aussehen, die derzeit kluge Köpfe hinter verschlossenen

Türen in Singapur entwerfen. Wie berechtigt dieses Szenario ist, belegte eine Anhörung im amerikanischen Repräsentantenhaus am 25. Juni 2008, in der der Vorsitzende des National Intelligence Council, Dr. Thomas Fingar, Südostasien eine durch Klimawandel bedingte düstere Zukunft voraussagte. Um so mehr verwundert, dass in Südostasien kaum jemand von diesen Entwicklungen Kenntnis nimmt. Während laut Umfragen 75% der Japaner und Südkoreaner die globale Erwärmung als ein sehr ernstes Problem betrachten, teilen nur 42% der Malaysier und Indonesier diese Auffassung. Jedoch sind insgesamt nur Wenige, nämlich 28% bereit, zum Schutz des Klimas mehr Geld auszugeben.

Der mangelnden öffentlichen Debatte entspricht auch die Stummheit der Politik in Südostasien. Für diesen Umstand lassen sich mehrere Gründe anführen. Trotz jahrzehntelangen Ringens um eine regionale Identität ist das Denken der ASEAN-Staaten weiterhin nationalstaatlich strukturiert. Die 570 Millionen Einwohner zählende Region ist bislang nicht in der Lage, eine gemeinsame Meinung zu

formulieren, die über bloße Absichtserklärungen hinausgeht. Stattdessen versteckt man sich hinter dem Vorwand, als Nationen zu klein und unbedeutend zu sein, um die durch Europa, die USA, Japan und China dominierten klimapolitischen Verhandlungen beeinflussen zu können. Zudem sind die Regierungen viel mehr mit tagespolitischen Themen beschäftigt. Aktuelle Ereignisse wie die Verteuerung der Öl- und Nahrungsmittelpreise, welche die Bevölkerung unmittelbar betreffen, beherrschen die öffentliche Debatte. Die Tatsache, dass gerade diese Entwicklungen nicht im Kontext des Klimawandels gesehen werden, ist ein Anzeichen dafür, dass es in der Region an adäquater politischer Beratung fehlt. Neben aktuellen Problemen gilt die Aufmerksamkeit der Regierungen in erster Linie der Wirtschaft. Die Länder pochen auf ihr Recht auf Entwicklung. Um das Wirtschaftswachstum nicht zu gefährden, wollen sie von ihrer momentanen CO₂- und energieintensiven Produktionsweise nicht abweichen.

Auf diese Haltung begründet sich auch die Energiepolitik der Region. Die kostengünstige Sicherstellung der Energieversorgung gilt als eine der wichtigsten Voraussetzungen des Wirtschaftswachstums. Aus diesem Grund erfährt insbesondere Kohle eine Renaissance in der Region. Vietnam, Malaysia und Indonesien planen einen signifikanten Ausbau ihrer Kohlekraftwerke. Als zweitgrößter Nettoexporteur von Kohle exportiert Indonesien etwa 73% der abgebauten Kohle und nutzt 75% der verbleibenden Kohle zur Energieproduktion. Durch die steigende Nachfrage auf den Weltmärkten, die auf absehbare Zeit durch Länder wie Australien und Südafrika nicht gedeckt werden kann, wird die Fördermenge Indonesiens weiter steigen. Die eigenen Pläne der Regierung zur Expansion der kohlebasierten Energieproduktion werden voraussichtlich zu einer Verdopplung der durch Energieerzeugung verursachten Treibhausgasemissionen führen.

Neben Kohle interessieren sich die Regierungen der Region auch in zunehmendem Maße für Kernenergie. Dieser Trend ist besorgniserregend. So zählt Indonesien zu den erdbebengefährdetsten Regionen der Welt, Myanmar lässt sich in seinem Vorhaben von Nordkorea beraten, und aufgrund der vorherrschenden politischen Instabilität kann in der

Region nicht gewährleistet werden, dass radioaktives Material nicht in falsche Hände gerät. Darüber hinaus bleibt das Entsorgungsproblem ungelöst. Kernenergie ist zudem äußerst kostenintensiv und die Kapazität der geplanten Kraftwerke reicht bei weitem nicht aus, um die steigende Energienachfrage auch nur annähernd zu decken. In diesem Zusammenhang und angesichts des nicht unerheblichen Sicherheitsrisikos für die Bevölkerung stellt sich die Frage, ob Südasiens neu erwachtes Interesse an Kernenergie möglicherweise über deren zivile Nutzung hinausreicht.

Im Bereich der alternativen Energien treiben insbesondere Malaysia und Indonesien den Anbau von Ölpalmen zur Erzeugung von Biotreibstoff voran. Dies führt in beiden Ländern zu einem signifikanten Rückgang der Waldflächen. Während des Zeitraums von 1990–2005 gingen etwa 55% der Palmölproduktionssteigerung Malaysias und Indonesiens zu Lasten ihrer Waldflächen. Indonesien plant bis 2025 5% seines Dieselkonsums durch Palmöl zu ersetzen. Hierzu wird eine Anbaufläche von 1,4 Mio. Hektar – der 2,5-fachen Größe Balis – benötigt.

Die Energiepolitik der Region wird durch enorme staatliche Energiesubventionen abgerundet. So leistet sich allein Malaysia für das Jahr 2008 Treibstoffsubventionen in Höhe von USD 15,56 Milliarden. Indonesien rechnet trotz einer 27,8-prozentigen Anhebung der Ölpreise mit Energiesubventionen in Höhe von USD 38 Milliarden für das Jahr 2009. Die daraus resultierenden künstlich niedrigen Preise steigern die Energienachfrage und nehmen sowohl Industrie als auch Haushalten den Anreiz, ihren Energieverbrauch effizienter zu gestalten.

Energieerzeugung und Energieverbrauch sind verantwortlich für den größten Anteil der weltweiten CO₂-Emissionen. In Südostasien wird sich nach Angaben des Asia-Pacific Research Centers (APERC) der Kohlenstoffdioxidausstoß, verursacht durch Energieproduktion und -konsum, im Zeitraum von 2002 bis 2030 vervierfachen (943 Mio. t), wohingegen die Gesamtemissionen der Region sich etwa verdreifachen werden (2582 Mio. t). Dies entspricht einer jährlichen Zunahme von 4,2%. Doch trotz des gegenwärtigen Wirtschaftswachstums und des rapide steigenden Ener-

gieverbrauchs findet sich weder heute noch in den Prognosen für 2030 ein südostasiatischer Staat unter den Spitzen-CO₂-Emittenten. Dies ist ein weiterer Grund für das mangelnde Interesse der Region am Thema Klimawandel – man fühlt sich schlichtweg nicht verantwortlich.

Was diese Statistiken jedoch außer Acht lassen, ist der Umstand, dass 20% der globalen Treibhausgasemissionen auf Entwaldung zurückzuführen sind. Berücksichtigt man die durch Landumnutzung im Allgemeinen und Waldrodung im Speziellen verursachten Treibhausgasemissionen, so zählt Indonesien zu den größten Treibhausgasemittenten der Welt. Nach den USA mit 6.005 MtCO₂e und China mit 5.017 MtCO₂e liegt Indonesien mit Emissionen in Höhe von 3.014 MtCO₂e auf Platz drei der globalen Liste der Treibhausgasemittenten. Indonesien verfügt mit 120 Mio. Hektar über die drittgrößte Regenwaldfläche der Welt und rodet davon jährlich etwa 1,08 Mio. Hektar, insbesondere auf den Inseln Sumatra und Kalimantan. Durch Waldrodung, Waldbrände und den Rückgang der Moorlandschaften verursacht Indonesien jährlich Emissionen in Höhe von 2,563 MtCO₂e.

Von welcher globalen Brisanz das Thema Waldrodung im Zusammenhang mit Klimaschutz ist, wird erst richtig deutlich, wenn man die durch Landumnutzung verursachten CO₂-Emissionen mit den im Rahmen des Kyoto-Protokolls festgelegten Emissionsreduktionszielen vergleicht. Allein die Emissionen, die Indonesien jährlich durch Landumnutzung freisetzt, überschreiten die im Rahmen des Kyoto-Protokolls festgelegten Emissionsreduktionsziele aller Industrienationen.

Obwohl Indonesien, Malaysia, Myanmar, Kambodscha, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben, sind sie auf Grund ihres dortigen Entwicklungslandsstatus nicht dazu verpflichtet, Auflagen zur Treibhausgasreduktion zu erfüllen. Bezeichnend ist, dass sie in klimapolitischen Diskussionen im Rahmen von ASEAN sowie in internationalen Runden feste Emissionsreduktionsziele ablehnen. Angesichts ihrer Wachstums- und Entwicklungsziele, ihrer mangelnden finanziellen, institutionellen und technologischen Kapazitäten und nicht zuletzt angesichts ihrer geringeren historischen Verantwortung für das heutige Klimaproblem

scheint die Haltung der südostasiatischen Regierungen bedingt nachvollziehbar. Andererseits ist es fraglich, aus einer geringeren historischen Verantwortung das Recht abzuleiten, die von den Industrieländern weitestgehend unwissentlich begangenen Fehler nun wissentlich wiederholen zu dürfen. Insbesondere angesichts der Tatsache, dass heute Mittel zur Verfügung stehen, welche die tendenzielle Entkoppelung von wirtschaftlichem Wachstum, negativen Klimawirkungen und steigendem Energieeinsatz ermöglichen. Voraussetzung hierfür wäre der umfassende Technologietransfer von Industrienationen an Entwicklungsländer. Zudem zeichnet sich ab, dass die Konsequenzen eines energieintensiven, auf „Klimadumping“ basierenden Wirtschaftswachstums Entwicklungsländer im globalen Vergleich überproportional belasten werden. Neben sich häufenden Naturkatastrophen, auf die Entwicklungsländer mangels Infrastruktur nur unzureichend reagieren können, entstehen zudem enorme Kosten für Energiesubvention und für die Eindämmung von Umweltschäden.

Trotz zunehmender Naturkatastrophen in der Region wird jedoch bislang keine politische Diskussion über Klimaadaptionsmaßnahmen zum künftigen Schutz der Bevölkerung geführt. Darüber hinaus erwarten Südasiens Politiker gemäß des Verursacherprinzips, dass die Industrienationen auch weiterhin den größeren Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen leisten. Wie bereits in der Erklärung der ASEAN+6 festgelegt, stehen die Politiker der Region hinter dem Konzept der „common but differentiated responsibilities“. Singapurs Premierminister Lee Hsien Loong brachte diese Haltung während einer Rede anlässlich des Bali-Gipfels auf den Punkt: „Given this wide range of situations of different countries, the post-2012 framework cannot use a one-size-fits-all approach.“

Ein künftiges Klimaabkommen, welches die Zustimmung der südostasiatischen Regierungen finden soll, muss zu aller erst die außerordentliche Bedeutung des Wirtschaftswachstums für die Region anerkennen. Auf rhetorischer Ebene gilt die politische Priorität der Armutsreduzierung, dem Kampf gegen Krankheiten und Unterernährung sowie der generellen Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung. All dies benötigt wirtschaftliches Wachstum und Ressourcen. Singapurs

Premierminister spricht für ganz Südostasien wenn er sagt: „Poverty is not a solution to global warming.“

APERC prognostiziert für 2030 Pro-Kopf-Emissionen von etwa 4,2 t für Südostasien, verglichen mit 10,8 t in Japan, 21,9 t in Australien und 23 t in den USA. Basierend auf diesen Prognosen argumentieren die südostasiatischen Regierungen, dass das Wirtschaftswachstum in der Region nicht durch eine unfaire Last an Maßnahmen zur Minderung von Treibhausgasemissionen gefährdet werden dürfe. Es erscheint daher auch unwahrscheinlich, dass sich die Regierungen der Region zur Einhaltung verpflichtender Emissionsreduktionsziele bereit erklären werden. Viel wahrscheinlicher ist die Verabschiedung bindender Energie- und Emissionseffizienzziele. In diese Richtung zeichnen sich auf regionaler Ebene

bereits erste positive Entwicklungen ab. So strebt das Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) Forum eine Verbesserung der Energieeffizienz seiner Mitglieder um 25% an.

Letztendlich lässt sich Südasiens Passivität in der bisherigen Klimadebatte und das strikte Ablehnen jeglicher verbindlicher Reduktionsziele durchaus auch als Verhandlungstaktik interpretieren. Die Länder der Region wollen für Zugeständnisse – sei es im Energiebereich, beim Erhalt der Wälder oder generell bei der Reduktion ihrer CO₂-Emissionen – von den Industrienationen entschädigt werden. So wird die Bereitschaft Südasiens, sich künftig aktiv am globalen Kampf gegen den Klimawandel zu beteiligen, weitgehend von den finanziellen und technologischen Transferleistungen der Industrienationen abhängen.

Ansprechpartnerinnen:

Dr. Beate Bartoldus, Tel.: 0228-883-516, E-Mail: Beate.Bartoldus@fes.de (verantwortlich)

Ulrike Ehnes, Tel.: 0228-883-508, E-Mail: Ulrike.Ehnes@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung

Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Asien und Pazifik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Fax: 0228-883-575

Die Kurzberichte sowie Informationen zur Arbeit der FES in Asien finden Sie unter: www.fes.de/asien.